

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Fritz Heckert, M. d. R.  
spricht zur Revolutionsfeier

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugpreis monatlich (mit Post) 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15 693, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schiffverteilung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiter-Zeitung Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang      Dienstag, den 1. November 1927      Nummer 255

## Parteitag der Austromarxisten

### Risse in der GPD

Wien, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)  
Am Sonnabend begann der Parteitag der GPD in Wien. Als erster referierte Otto Bauer über die politische Lage. Er verurteilte mit einigen Abweichungen die alte austromarxistische Linie festzuhalten. Die Niederwerfung des Aufstandes vom 15. Juli sei nur eine vorübergehende Episode gewesen. Sie kann den Aufstieg der sozialistischen Demokratie, die Gewinnung der parlamentarischen Mehrheit nicht aufhalten. Die Bourgeoisie habe zwar am 15. Juli gesiegt, aber jeder Versuch der Reaktion, diesen Sieg durch Aufhebung des Streikrechts der Beamten, Befestigung des Mieterschutzes und dergleichen auszunutzen, irrt über neue Kleinbürgerliche Schichten der Partei zu. Zu einer Verberung der Parteiführung sei kein Anlaß. Koalitionen seien unvermeidlich, wenn Bourgeoisie und Proletariat gleich stark sind. Diese Lage wird in Oesterreich kommen, wenn die GPD sich wieder gestärkt haben wird. Heute, wo die Bourgeoisie keine Konzessionen geben will, wäre Koalition Kapitulation und Kompromittierung. Man dürfe aber die Reaktion nicht zum Angriff provozieren. Darum keine gefährlichen Demonstrationen, keine Streiks in lebenswichtigen Betrieben. Dann verurteilte Bauer die Notwendigkeit des unbedingten Festhaltens an der radikalen Sprache der Partei, um das Abweichen von Stalin zu den Kommunisten zu verhindern.

Stellung. Für den Standpunkt von Otto Bauer erklärten sich nur einige (durchaus nicht alle) Vertreter der Wiener Organisation.  
Zu stürmischen Szenen kam es bei der Rede von Max Adler. Max Adler erklärte, der 15. Juli sei kein Disziplinbruch gewesen, es sei nicht die falsche Erziehung der Massen, die zum 15. Juli geführt habe, sondern eine falsche Erziehung der Führer, statt Weisheitsgeist. Er verlangte bewußte Klassenkampfideologie, revolutionären Kampf über die Tageskämpfe hinaus. Seine Rede wurde wiederholt von der großen Mehrheit des Parteitages stürmisch unterbrochen, von den Tribünen, auf denen hunderte Wiener Arbeiter anwesend waren, ebenso stürmisch begrüßt. Unter dem Druck der Tribünen bewilligte der Parteitag verlängerte Redezeit.  
Justus Deutsch und Leutner griffen die Theorie Adlers an. Sie sei eine Theorie der Disziplinlosigkeit und rechtfertige die Vorwürfe der Kommunisten gegen die GPD.  
Gegen Max Adler wandten sich auch die Sprecher der Otto-Bauer-Gruppe. Friedrich Adler als letzter Redner nahm für den Standpunkt von Otto Bauer Stellung, wandte sich aber scharf gegen Max Adler. Wir haben, sagte er, noch nicht gelernt, daß die Demokratie ein bitteres Brot ist. Wir dürfen nicht ungeduldig werden. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis wir die Demokratie errungen haben, es wird Jahrzehnte (!) dauern, bis wir sie in die proletarische Demokratie umwandeln.

## Tagung der GPD

Wien, den 28. Oktober 1927.  
Sonabend beginnt der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie. Dieser Parteitag der ehemaligen Mutterpartei der 2. Internationale, die durch ihre Niederlage am 15. Juli eine schwere Erschütterung erlebte und seither von den reformistischen Rechten sowie von ihren „linken“ Freunden nicht mehr ganz voll genommen wird, wird sich vor allem mit den Lehren des schwarzen Freitags in Wien beschäftigen. Es ist aber von vornherein eine vollständige Niederlage durch das Parteizentrum der Schluss gezogen hat, daß sie von jetzt ab vorzüglicher die radikale Phrase handhaben und entschiedener reformistische Politik treiben muß als bisher. Auf dem Parteitag werden nicht nur einige ganz „linke“ vom Topus des Schön- und Pilsodners Max Adler auftreten. Aber ihre Zahl wird verhältnismäßig klein sein, und mit ihren Halbheiten ist ihnen von vornherein eine vollständige Niederlage durch die Parteizentrum unter der Führung Otto Bauers gewiß. Der Parteitag kann schon seiner Zusammenkunft nach — über die Hälfte der „Delegierten“ sind Mitglieder der Parteibureaus, Nationalratsabgeordnete, Gewerkschaftsführer, Konsumvereinsangestellte, Funktionäre der Gemeinde Wien usw. — kein Spiegelbild der tatsächlichen Strömungen in der österreichischen Sozialdemokratie geben. Vor allem die Arbeiterpolitik, die sich nach dem 15. Juli zum ersten Male in größerem Ausmaß in der Partei zeigte, wird so gut wie überhaupt nicht vertreten sein. Es ist eine noch politisch unklare Strömung, die sich in allen Partei- und Massenorganisationen bemerkbar macht, die aber noch keinen klaren politischen Ausdruck gefunden hat. Die „Linke“, hauptsächlich gruppiert um eine vor allem aus Intellektuellen bestehende Diskussionsvereinigung unter der Führung Max Adlers und um eine von einer Volksschullehrerin geführte kleine und fast völlig einflusslose Oppositionsgruppe, verbindet nach ihrem bisherigen Auftreten geradezu die Sammlung der tatsächlich vorhandenen, noch ganz unreifen und unklaren Arbeiteropposition. Nachdem diese Linke ursprünglich sogar mit einem eigenen — in der österreichischen Sozialdemokratie bedeutet das schon etwas — Flugblatt gegen die Taktik und die Politik der Partei am 15. Juli aufgetreten war, in dem sie vor allem die „Rehrpolitik“ der Partei scharf kritisierte, ist sie seither, wenigstens in Oesterreich, fast völlig verstummt. Ihre „Führer“ beschränken sich seither im allgemeinen darauf, in den deutschen linkssozialdemokratischen Parteibelegten Referate mit kleinen Spänen gegen ihre Wiener Parteiführung zu hüllen und im „Blätter“ Paul Levis den einen und den anderen Diskussionsartikel zu schreiben. Diese Kritik erscheint vollständig unter dem Ausschluß der österreichischen Parteipresse. Sie beschränkt sich im wesentlichen auf eine Verteidigung des Linzer Programms also, das gerade am 15. Juli einen so furchtbaren Bankrott erlitten hat. Bekanntlich beschloß der letzte Parteitag eine Resolution über die Frage „Demokratie und Diktatur“, in der es hieß, daß das Proletariat die Staatsmacht mit den Mitteln der Demokratie erobern und ausüben werde. Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewalttätige Aufsehung, durch die Verhinderung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widerlegen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“ Wenige Monate nachher erlebte die österreichische Sozialdemokratie ihren großen Wahlsieg und eroberte 44 Prozent aller Stimmen in Oesterreich. Der „Weg zur Macht“ mit den demokratischen Mitteln schien den breiten Arbeiterschichten daraufhin tatsächlich offen zu liegen. Die gesteigerten Illusionen wurden von der Parteiführung noch zielbewußt genährt. Am 15. Juli kam dann der furchtbare Zusammenbruch dieser Illusionen. Die Bourgeoisie lehnte die gewerkschaftlich organisierte Polizei gegen die demokratisch vormalsherrschende Arbeiterkraft ein. Hundert Tote, über tausend Vermundete, viele Hunderte Opfer in den Gefängnissen war das Ergebnis. Die Sozialdemokratische Parteiführung dachte nicht daran, nach dem Programm von Linz aufzutreten, sie zog die Massen, die in einem spontanen Aufruhr sich erhoben hatten, aus dem Kampf zurück, mißbrauchte selbst den Generalkrieg nur als Mittel der Kapitulation vor der Bourgeoisie. So erklärt sich die Beruhung der Linken auf das Linzer Programm, ihr schwächlicher Versuch, Rechtfertigung für seine Nichterhaltung zu fordern. Auch diese „Linke“ vertritt so wie die äußerste Rechte und das Parteizentrum grundsätzlich die demokratische „Machteroberung“, grundsätzlich die Notwendigkeit der Koalitionspolitik. Ihre ganze Opposition besteht in dem Vorwurf an die Parteiführung, sie habe nicht genügend entschieden die Vorbereitungen der Bourgeoisie zum Überfall bekämpft und sei am 15. Juli nicht genügend stark aufgetreten. So ist klar, daß man mit einer solchen Plattform gegen einen Otto Bauer keinen Widerstand leisten kann. Die letzte Lösung dieser Linken zeigt sie völlig auf dem Rückzug vor dem Parteizentrum. Da nach der Erschütterung der Partei infolge der Niederlage auch eine offene zur sofortigen Koalition strömende Rechte unter der Führung des früheren Staatsanwalts Renner und der Gewerkschaftsbureaus auftritt, erklärt die laubere Linke jetzt, die nächste Aufgabe sei es, Otto Bauer und sein Linzer Programm — gegen rechts zu verteidigen!

Rudolf Manner als Korreferent machte einen scharfen rechten Vorstoß gegen die gesamte austromarxistische Politik. Der 15. Juli habe das Bewußtsein der Bourgeoisie mächtig gestärkt, sie in die Arme des Faschismus getrieben. Faschismus bedeutet Bürgerkrieg und dadurch Untergang aller Klassen des Landes. Man müsse an die Bourgeoisie appellieren, diesen Weg nicht zu beschreiten, und ihr eine Koalition gegen den Faschismus anbieten. Die Koalition würde bei den Arbeitern nicht populär sein, aber das müsse man auf sich nehmen. Man müsse die revolutionäre Phraseologie, die ablehnende Stellung zum Staat befeitigen, man müsse die Autonomie der unteren Partei- und Gewerkschaftskörper einschränken. Wenn die Politik der Partei so geführt werde, wird Aussicht sein, einen Teil der Bourgeoisie zur Zusammenarbeit zu gewinnen. Die Aufgabe einer Koalition wäre Abklärung beider Parteien, der Finanz- und Justizreformen.  
Alle Vertreter der Provinzorganisationen, mit Ausnahme von Boratzenberg und Obersteiermark, nahmen für Renner

Wien, 1. November. (Eigene Drahtmeldung.)  
Gestern vormittag fand keine Sitzung des sozialdemokratischen Parteitages statt. Nachmittags sprach Außerlich für die Richtung Otto Bauers. Ein Arbeiter aus einem Wiener Betrieb nahm dann scharf Stellung gegen die Zurückdrängung der Frage der Bewaffnung der Arbeiterkraft. Der 15. Juli habe gezeigt, daß die Politik immer auf der Straße mit der Waffe entschieden werde.  
Max Adler machte in Form einer „persönlichen Richtfestellung“ einen Zurückzieher und verlor durch schäbige Angriffe auf die kommunistische Partei seinen Scheinradikalismus zu entschuldigen. Die Schlussworte von Renner und Bauer brachten nichts Neues. Es wurde dann eine Kommission zur Ausarbeitung einer politischen Resolution gewählt.

## Börgiebels Polizei arbeitet mit Horthy-Spitzeln zusammen!

### Bespitzelung revolutionärer Arbeiter, Kompromittierung der Sowjetinstitutionen geplant

Berlin, 1. November. (Eigener Drahtbericht.)  
Die rote Fahne bringt aufsehenerregende Enthüllungen über die Zusammenarbeit von ungarischen Spitzeln mit der Berliner Politischen Polizei und über die Tätigkeit der Horthy-Spitzeln in Berlin.  
Ein ehemaliger Budapest-Revolutionär namens Eduard Kubin, der auch im Spantoprozess schwer belastende Aussagen auf Grund von unmenhlichen Folterungen gemacht hatte, wurde nach diesen Aussagen zum Spitzel gepreßt, mit Geld und falschen Pässen ausgerüstet und nach Berlin geschickt, wo er die hier lebenden ungarischen Kommunisten mit Hilfe der Berliner Politischen Polizei bespitzeln sollte. Ferner erhielt er den Auftrag, als Flüchtling aufzutreten und zu verhalten, eine Stellung in der russischen Botschaft oder Handelsvertretung zu verlangen, damit er seine Arbeit unter diesem schützenden Deckmantel fortsetzen kann.  
Er erschien in Berlin unter dem Namen Köhler beim ungarischen Konsulat, bei dem er bereits angemeldet war, erhielt wiederholt größere Geldsummen ausgehändigt und wurde beauftragt, das Haus Maagenstraße 9 sowie die russische Botschaft, die Handelsvertretung und andere sowjetrussische Stellen zu beobachten. Weiter erhielt er Adressen, die ihm Zugang zum Berliner Polizeipräsidium verschaffen. Der Berliner Polizeibeamte, der ihn mit höheren Stellen in Verbindung brachte und mit ihm häufig Unterredungen hatte und ihm Ratsschläge erteilte, hieß Schefler und gab ihm selbst keine Telefonnummer 681 im Polizeipräsidium an. Von den ungarischen Behörden wurde ihm versprochen, daß es mit Hilfe höherer deutscher Polizeibehörden gelingen werde, ihm eine Stellung bei den Einrichtungen der Sowjetunion in Berlin zu verschaffen.

licht, da die Aussagen des Kubin die Grundlage für die Anklage im Spantoprozess bilden. Kubin erklärte aber in seiner neuerlichen Aussage, daß er keine fälschlichen Aussagen widerlegt, weil sie ihm durch unmenhliche Mißhandlungen erpreßt wurden. Kubin stellt fest, daß er die von den Polizisten aufgeschriebenen „Aussagen“ nach furchtbaren Mißhandlungen und entsetzlichen Folterungen unterzeichnet und auswendig lernen mußte. So wurden auch andere Angeklagte vernommen. Zeugnisse die Angeklagten, so wurden sie genau so wie vorher Kubin so lange und so furchtbar mißhandelt, bis sie zusammenbrachen und das von den Polizisten verfaßte Protokoll unterzeichneten.  
Die Verlesung der Erklärung von Kubin führte dazu, daß der Prozess vier Tage vertagt wurde, nachdem der Horthy-Staatsanwalt gegen die Verlesung protestiert hatte und verhindern wollte, daß diese Erklärung überhaupt den Akten beigefügt wurde. Weiter enthält die Erklärung von Kubin die von uns gemeldete Tatsache über die Spitzelarbeit Kubins sowie seine Zusammenarbeit mit der Berliner politischen Polizei.  
Der sozialdemokratische Polizeipräsident Börgiebel, sonst immer schnell mit dem Dementi bei der Hand, schweigt sich bis heute aus. Die bürgerliche Presse versucht wie auf Kommando, das Hand-in-Hand-Arbeiten Ungarns und Deutschlands mit Polizeispitzeln totzuschweigen. Auch der Vorwärts äußert sich zu diesen skandalösen Dingen mit keinem Wort.

### Maschinelle Erdrosselung

Im Namen der kapitalistischen „Kultur“  
Havanna, 30. Oktober. Hier ereignete sich ein entsetzlicher Fall. Ein Gefangener, der zum Tode durch maschinelle Erdrosselung verurteilt war, wurde auf den Hinrichtungsstuhl gesetzt, worauf das Halseisen fest angezogen wurde. Der Mann wurde für tot erklärt, gab aber bald darauf Lebenszeichen von sich und richtete sich wieder auf. Erst nach furchtbarem Kampfe gelang es den Wächtern, ihn wieder auf den Stuhl zu bringen. Der Apparat wurde dann wieder für 22 Minuten in Tätigkeit gebracht, worauf der Mörder tatsächlich tot war.

Die rote Fahne erklärt, daß sie im Besitz sämtlicher einschlägiger Dokumente sei, so daß jeder Ablenkungsversuch des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Börgiebels vollkommen zwecklos ist.  
Berlin, 1. November. (Eigene Drahtmeldung.)  
Im Budapest-er Spantoprozess wurde am Sonnabend das vom Präsidenten des Landgerichts 1 Berlin beglaubigte Protokoll des Kronzeugen Eduard Kubin als Köhler veröffentlicht.

Das Parteizentrum, das so von den linken Heiden verteidigt werden soll, hat mittlerweile ganz offen die bisherige schwindelnde Phrase abgelegt und sich vor der ganzen proletarischen Öffentlichkeit entschlossen, zu einem „Kampfe“ nur mit den Mitteln der Demokratie“ erklärt. In einem Manifest an die österreichischen Arbeiter wurde der bolschewistischen Verzerrung der scharfsten Kampf angefaßt und angezündet, daß „gegen die blutbesteckte Reaktion zur Eroberung der Mehrheit des Volkes um die Seele der Arbeiterklasse“ nur mit geistigen Waffen gerungen werden dürfe. Otto Bauer hat seither in mehreren Reden und Artikeln dazu die Theorie aufgestellt, daß der Juli-aufstand zu einer Schlange der österreichischen Arbeiterbewegung geführt habe, weil zum ersten Male die österreichischen